

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Die Stadt erarbeitet ein präventives Ordnungs- und Sicherheitskonzept, das das Problem zunehmender Gewaltbereitschaft in Halle in den Fokus stellt. **Dieses Konzept wird in Abstimmung mit der Polizei erstellt, insbesondere in Bezug auf ein polizeiliches Sicherheitskonzept.** Das Konzept folgt dem Ansatz, dass die Ursachen hierfür komplex sind und sich nicht eindimensional erklären lassen. Besonders die Gewalt unter Jugendlichen verstärkte sich in der letzten Zeit. Auch Fälle von häuslicher Gewalt nahmen zu. Seit Jahren ist Halle zudem einer der Schwerpunkte rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Sachsen-Anhalt.

Die Prävention und deren zielgerichtete Koordinierung durch aktive Netzwerkarbeit müssen einen festen Platz in der Sicherheits- und Ordnungspolitik der Stadt erhalten. Es muss darum gehen, berechnete Ordnungs- und Sicherheitsinteressen von Einwohner*innen und die Suche - meist junger Menschen - nach Freiräumen möglichst ohne Repression miteinander in Einklang zu bringen, um diesem komplexen Thema tatsächlich gerecht zu werden.

In dem Konzept sind die folgenden Punkte zu berücksichtigen:

1. Vernetzung verschiedener Strukturen durch ein aktives Wirken des Präventionsrates, die Wiederbelebung des Polizeibeirates, die Einbeziehung des Kinder- und Jugendrates sowie weiterer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen
2. zügige Umsetzung der Maßnahmen des Beleuchtungskonzeptes
3. frühzeitige Einbeziehung von Nutzer*innengruppen bei Planungen städtebaulicher Projekte
4. vielfältige Begegnungs-, Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten auf den städtischen Freiflächen für die unterschiedlichen Nutzer*innengruppen
5. Die sozialen Rahmenbedingungen müssen mit der öffentlichen Infrastruktur in der Stadt verbessert werden, insbesondere im Hinblick auf Schulsozialarbeiter*innen und Streetworker*innen vor Ort.
6. **Weiterführung des 24-Stunden-Dienst des Ordnungsamtes, Etablierung von festen und öffentlich präsenten Dienstsitzen des Fachbereiches Sicherheit in verschiedenen Stadtteilen, beispielsweise innerhalb der Quartiersbüros**
7. **Identifizierung von Kriminalitätsschwerpunkten in Abstimmung mit der Polizei, verstärkte Kontrollen an diesen Orten in Absprache und gegebenenfalls gemeinsam mit der Polizei**
8. **Wiedereinrichtung der Mobilitätshelfer:innen der HAVAG**
9. **Präventive Sozialarbeit: Prüfung einer gruppenspezifischen Arbeit des Jugendamtes in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Kooperationspartnern:**
 - a) **bereits straffällige und an der Schwelle zur Straffälligkeit stehende Kinder und Jugendliche (bspw. Kooperationspartner: ASD, Polizei, Jugendgerichtshilfe, Schulen, Amtsgericht, Fachbereich Sicherheit, Streetworker:innen, AWO)**

- **b) bisher unauffällige aber strukturell kriminalitätsgefährdete Kinder und Jugendliche (bspw. Kooperationspartner: Träger der offenen Jugendarbeit, ASD, Streetworker:innen, Schulen, Schulsozialarbeiter:innen, und weitere Institutionen und Initiativen)**